

ASF Neujahrsempfang 2004

Auswirkungen der Landespolitik auf das Leben und das Umfeld von Frauen.

Beginnen möchte ich meine Ausführungen mit einem Zitat vom Ministerpräsidenten Christian Wulff in seiner Regierungserklärung in der konstituierenden Sitzung des Landtages. Er hat folgendes ausgeführt:

„Wir haben Rollenklischees, Doppelbelastungen, Vorurteile und Diskriminierungen. Aufgabe des Staates wäre es, dabei zu helfen, Wahlfreiheit zu organisieren. Und Arbeit ist nicht nur Berufsarbeit, und Leistung ist eben nicht nur berufliche Leistung, sondern das, was in der Familie, in der Erziehung der Kinder, in der Organisation des Haushalts oder in der Pflege von Angehörigen gemacht wird, ist eben auch Arbeit und Leistung. Aber es wäre ein dringlicherer Appell an die Männer zu richten, sich in diesem Falle ein bisschen stärker zu engagieren und den Frauen ein bisschen mehr Unterstützung zuteil werden lassen. Das ist die Sichtweise von Frauenpolitik des 21. Jahrhunderts.“

Mein sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Sichtweise des Ministerpräsidenten, dem Frau sicher in einigen Punkten seiner Ausführungen recht gegeben kann, hinsichtlich der Doppelbelastungen in vielen Bereichen. Ich meine aber, dass es eben keine Frauenpolitik ist, wenn man an die Männer appelliert, sich etwas in diesen Dingen stärker zu engagieren und den Frauen ein bisschen mehr Unterstützung zuteil werden zu lassen. Meine Auffassung von Frauenpolitik ist eine völlig andere. Ich meine, es gibt viele verschiedene Aufgaben in unsere Gesellschaft, ich nehme nur als Beispiele die hier genannten Berufsarbeit, Familie, Erziehung der Kinder, Organisation des

Haushalts oder Pflege von Angehörigen, und diese Aufgaben sind von beiden GESCHLECHTERN GLEICHERMAßEN UND GLEICHBERECHTIGT WAHRZUNEHMEN UND AUSZUFÜHREN. Die Politik des 21. Jahrhunderts hat nach meiner Überzeugung die Aufgabe diese Gleichberechtigung umzusetzen und Hemmnisse auf dem Wege der Umsetzung auszuräumen und Nachteile des einen oder des anderen Geschlechtes auszuräumen, aber Politik des 21. Jahrhunderts und hier insbesondere Frauenpolitik des 21. Jahrhunderts ist nicht der Appell an Männer, die Frauen in bestimmten Bereichen zu unterstützen.

Wir müssen vielmehr in unserer Gesellschaft einen – zugegebenermaßen schwierigen – Umdenkungsprozess herbeiführen, der dazu führt, dass es selbstverständlich wird, dass Vereinbarkeit von Familie und Beruf eben nicht in erster Linie ein frauenpolitisches Thema ist, sondern ein gesellschaftspolitisches Thema wird, mit dem Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen aber auch für Männer zu ermöglichen. Wir müssen deutlich machen, dass es auch Männern eine große Chance bietet, sich der Erziehung ihrer Kinder zu widmen und dass es vor allem auch ihre Verpflichtung ist, die sie wahrzunehmen haben.

Wie sieht es nun in der Landespolitik mit der Umsetzung dieser Ziele aus.

Die neue Sozialministerin Frau Dr. von der Leyen hat in ihrem ersten Jahr schwerpunktmäßig die Gesundheitspolitik und Familienpolitik thematisiert. Das Pflegegesetz wurde geändert, Krankenhausplanungen auf den Weg gebracht... ich will hier nicht Details ausführen, da das sicherlich zu weit führen würde.

Es ist jedoch sicherlich wichtig, zu durchleuchten, welche Auswirkungen denn die bisherigen Entscheidungen der neuen Landesregierung auf Frauen hatten und in Zukunft – der Haushalt 2004 ist ja verabschiedet worden und beginnt erst jetzt mit seinen tatsächlichen Auswirkungen – haben wird.

Bei einem Besuch mit ein Gruppe von 50 Frauen am Mittwoch letzter Woche in Hannover im Niedersächsischen Landtag hatte ich organisieren können, dass das ein Vertreter des Nds.

Sozialministeriums uns folgende Fragen beantworten konnte:

1. Schwerpunkte der Nds. Landesregierung in der Frauenpolitik
2. Welche Auswirkungen haben die aktuellen Sparbeschlüsse auf die Frauenprojekte vor Ort?
3. Welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen initiiert das Nds. Sozialministerium für Frauen vor Ort?
4. Wie sieht es aus mit der Zukunft der Frauenbeauftragten?

Die Schwerpunkte wurden uns wie folgt benannt:

1. Änderung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes im Hinblick auf Abbau von bürokratischen Formulierungen
2. Die Quotenregelung – sicherlich ein Kernbestand des Gesetzes – soll durch eine verbindliche Zielvereinbarung festgelegt werden –
3. Das Ziel Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll zusätzlich in das niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz
4. Neu festlegen von Regelungen, dass die Gleichberechtigung nicht nur für Frauen sondern auch für Männer in bestimmten Bereichen erreicht werden soll.

Als frauenpolitischer Schwerpunkt wurde genannt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und hier insbesondere für Frauen mit besonderen Hemmnissen, wie z.B. Migrantinnen oder allein erziehenden oder Sozialhilfeempfängerinnen zu verbessern.

Konkrete Maßnahmen, wie dieses aussahen sollen, bis auf die Einrichtung einer Zentrale für Tagesmütter in Niedersachsen, die als Vermittlungsstelle für Tagesmütter zentral agieren soll und die Qualifikation von Tagesmüttern auch zentral anbieten soll, konnten noch nicht genannt werden.

Die Ministerin hebt sehr gern das Beispiel von sog. Mehr – Generationen Häusern hervor. Es gibt ein solches Mehr-Generationen –Haus in Salzgitter als Vorzeigeobjekt - noch von der alten Landesregierung der Ministerin Dr. Trauernicht initiiert, vor allem aber von den Frauen dort vor Ort getragen, dass sicherlich ein gutes Projekt ist. Die weitere Einrichtung von solchen Mehr-Generationenhäusern hielt sich aber bislang doch noch sehr in Grenzen und es handelt sich meiner Meinung nach eher um Mütterzentren, die nun einen anderen Namen bekommen haben.

Nun beleibt natürlich auch Frauenpolitik nicht von der allgemeinen Haushaltslage in unserem Land verschont. Wir fragten nach den aktuellen Auswirkungen der Sparbeschlüsse auf Frauenpolitik nach.

Der Staatssekretär nannte u.a. einen Betrag der Einsparung von Zuschüssen für Frauenprojekte vor Ort von 450.000 € auf nunmehr nur noch 200.000 €. Hierbei handelt es sich um - ich meine mich zu erinnern – um mehr als 160 einzelne Projekte, die z.T. mit einer Kleinstförderung von 4.000€ oder ähnlichem

ausgestattet waren. Hier vertritt die Ministerin Frau Dr. von der Leye den Standpunkt, dass man aufhören sollte mit dem Gießkannenprinzip Kleinstförderung zu betreiben und stattdessen sich mit den ohnehin schon knappen Finanzen auf wenige aber dafür größere Projekte zu beschränken. Ich persönlich bin eher der Auffassung dass gerade diese Kleinstförderung zu einer Vielzahl von Projekten geführt hat, die Frauen z.B. den Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Familienphase erleichterten und durch diese Kleinstförderung ein hohes Maß an zusätzlichen Finanzvolumen und Aktivitäten im frauenpolitischen Bereich ausgelöst wurde, der jetzt in seinen Auswirkungen zu mehr als die Hälfte verändert und gestrichen wird.

Bei der Frage nach arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Frauen nannte der Staatssekretär Herr Hoofe vor allem Maßnahmen zur Integration von Frauen nach einer längeren Familienphase und – wie ich meine sehr interessant – Überlegungen zu Anerkennung von Pflegezeiten von Angehörigen – ähnliche wie Erziehungszeiten. Ich glaube das ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung, die allerdings vor allem auf der Bundesebene geregelt werden muss.

Nun sieht sich die Frauenpolitik den Forderung häufig männlicher Landräte in Niedersachsen und Bürgermeister in jüngster Zeit ausgesetzt, die Stellung der kommunalen Frauenbeauftragten zu verändern oder gar durch eine Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung und der Nds. Landkreisordnung ganz frei zu stellen. Getragen wird diese Forderung vor allem durch die äußerst angespannte

Haushaltslage der Kommunen in Niedersachsen. Nun will ich mich zur Finanzlage nicht weiter äußern, das allein wäre schon ein Vormittag füllendes Programm, aber ich möchte doch betonen, dass bei einer Zustimmung Niedersachsen zu der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Gemeinde- und Finanzreform Niedersachsen Kommunen rund 250 Mill. € mehr erhalten hätte als bei einer Weigerungshaltung der Landesregierung. Allein mit diesem Geld, müssten wir vielleicht schon gar nicht mehr über die Stellung der Frauenbeauftragten – zumindest aus Finanzgründen – reden. Es ist jedoch anders gekommen und nun beabsichtigt der Nds. Innenminister im Zuge der Veränderung der NGO auch die Streichung des § 5 a , der die Stellung der Frauenbeauftragten in unserem Land regelt.

Bei des Besuch im Landtag in der letzten Woche ist dankenswerter weise deutlich geworden, dass zumindest der Staatssekretär aus dem Sozialministerium Frauenbeauftragte nach wie vor für wichtig hält. Es wurde jedoch auch deutlich, dass sich die Befürchtungen, dass an dieser Schraube gedreht wird, bestätigen und dass wir uns wohl oder übel einer Veränderung in diesem Bereich stellen werden müssen. Ich bin auch Kommunalpolitikerin aber ich weiß, dass es wichtig ist, dass wir kommunale Frauenbeauftragte haben.

Folgende Entscheidung der Landesregierung haben aber auch noch Auswirkungen auf Frauen, wie z.B. im Bildungsbereich die

1. Streichung der Hausaufgabenhilfe
2. Veränderung der Stundensätze für die vollen Halbtagschulen,

3. zögerliche Haltung des Landes bei der Umsetzung der Maßnahmen für Ganztagschulen
4. Verwaltungsreform, bei den vor allem Frauen in den unteren Besoldungsbereichen am stärksten von der Veränderung betroffen sein werden
5. Kürzung von Zuschüssen für die stationäre Pflege (Pflegewohngeld) Heimpflege, so dass vermehrt wieder die häusliche Pflege zum tragen kommen wird, was in erster Linie auch wieder Frauen schultern werden müssen.
6. Die geplante Veränderung von Schülertransportkosten, da meistens die Frauen diejenigen sein werden, die dann anstelle der Fahrkarte, die Kinder zur Schule chauffieren werden,
7. die geplante – und momentan noch zurückgestellte Veränderung von Kindergartenstandards, die in erster Linie natürlich auch die Arbeitsplätze von Frauen betreffen werden.

Nun will ich jedoch nicht ein zu dunkles Bild an die Wand malen. Es ist jedoch wichtig, dass Frau aufmerksam bleibt, und selbst beurteilen, was sich tatsächlich durch einen Regierungswechsel für sie verbessert oder auch verschlechtert hat. Frau wird sicherlich abwarten müssen und weiter beobachten um im Jahre 2008 dann aus Frauensicht Bilanz zu ziehen.

Vielen Dank#

Rede am 11.1.2004 anlässlich des Neujahrsempfangs der ASF in Northeim